

Hauptausschuß

Protokoll

9. Sitzung (nicht öffentlich)

31. Januar 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 14.30 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Grätz (SPD)

Stenograph: Hezel

Verhandlungspunkte und Beschlüsse:

Seiten

In einer von der Fraktion DIE GRÜNEN nach Sitzungsbeginn beantragten

Aktuellen Viertelstunde

über den Stand der neuen Flüchtlingspolitik des Landes NRW

2 - 5

stellt Minister für besondere Aufgaben Clement (Staatskanzlei) insbesondere des Reintegrationsprojekt für die aus Mazedonien/Jugoslawien stammenden, am "Bettelmarsch" beteiligten Roma dar, die bis zum Stichtag die Teilnahme an dem Vorhaben nicht ausdrücklich ausgeschlossen haben.

Des weiteren schildert der Chef der Staatskanzlei die umfassenden Bemühungen im Rahmen der neuen Flüchtlingspolitik unter Mitwirkung des Bundes.

Nach seinen Darlegungen beantwortet der Minister Einzelfragen von Ausschußmitgliedern.

**1 Rahmen-Staatsvertrag zwischen Nordrhein-Westfalen
und Brandenburg**

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 11/810

Vorlagen 11/175, 11/233 und 11/328

in Verbindung mit:

2 Hilfsfonds deutscher Länder

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 11/980

5 - 14

Insbesondere zu Punkt 1 der Tagesordnung nimmt der Hauptausschuß einen umfangreichen Bericht des Ministers für besondere Aufgaben Clement entgegen, der sich auf den schriftlichen Bericht Vorlage 11/328 stützt und auf die Aktivitäten des Landes NRW gegenüber den neuen Ländern - vor allem Brandenburg - verweist.

In der ausführlichen Debatte bringen die Vertreter der Oppositionsfraktionen ihren Wunsch zum Ausdruck, an den Vereinbarungen bzw. Abkommen mit Brandenburg das Parlament stärker als bisher zu beteiligen, z. B. durch Abschluß von Staatsverträgen.

Die beiden Tagesordnungspunkte sollen vom Ausschuß demnächst gegebenenfalls noch einmal aufgegriffen werden.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991 (Haushaltsgesetz 1991)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/800

14

In einem weiteren Beratungsdurchgang behandelt der Hauptausschuß die in seine Zuständigkeit fallenden Einzelpläne 01, 02 und 09.

a) Einzelplan 01 - Landtag

Vorlagen 11/204, 11/293 und 11/327

15 - 23

Bei der Durchberatung befaßt sich der Hauptausschuß vor allem mit Tit. 541 40: Für besondere Veranstaltungen des Landes.

Nach eingehender Diskussion über das im Rahmen dieses Titels zu finanzierende Europa-Forum (siehe Anlage 2 zu diesem Protokoll) beschließt der Hauptausschuß mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P., das Forum am 26. bis 28. Juni 1991 im Landtag stattfinden zu lassen. Die Kostenhöhe wird auf maximal 500 000 DM begrenzt. Der Ausschuß ermächtigt die Landtagsverwaltung, umgehend die Aufträge zur Durchführung der Simultanübersetzung für das Forum zu erteilen. Es soll nach Wegen gesucht werden, das Vorhaben möglichst kostengünstig durchzuführen.

Die Beschlußfassung über Einzelplan 01 bleibt der nächsten Sitzung vorbehalten.

Seiten

b) Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
Vorlagen 11/238 und 11/324

23 - 32

Fragen von Hauptausschußmitgliedern zu mehreren Positionen des Haushalts der Staatskanzlei sowie zu Kap. 02 050 werden von Minister Clement und dem Leiter der Landeszentrale beantwortet.

Im wesentlichen beschäftigt sich der Ausschuß mit einer etwaigen Gewinnung des zur Zeit an der englischen Universität Manchester angesiedelten Europäischen Medieninstituts für einen Umzug nach Nordrhein-Westfalen.

Im Rahmen des Kap. 02 050 - Landeszentrale für politische Bildung - spricht sich der Hauptausschuß grundsätzlich für eine Ausweitung der Landeskinderklausel auf Brandenburg aus, für die Minister Clement eine entsprechende Änderung des § 10 des Haushaltsgesetzes 1991 anregt.

Der Minister beantwortet auch Fragen zu anderen Positionen des Einzelplans 02, über den gleichfalls in der kommenden Sitzung des Hauptausschusses nach der Beantragung von Änderungen entschieden werden soll.

c) Einzelplan 09 - Minister für Bundesangelegenheiten
Vorlage 11/255

32 - 33

Zu diesem Haushalt nimmt der Ausschuß kurze Erläuterungen von Staatssekretärin Dörrhöfer-Tucholski entgegen.

Die Beschlußfassung auch über diesen Einzelplan ist für die nächste Sitzung in Aussicht genommen.

Hauptausschuß

31.01.1991

9. Sitzung

Seiten

4 Gesetz zur Änderung des Feiertagsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/965

33

Über den Gesetzentwurf will der Hauptausschuß nach Abschluß der Verhandlungen im mitberatenden Ausschuß für Innere Verwaltung befinden.

5 Gesetz über Öffentlichkeitsarbeit in Vorwahlzeiten

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU,

der Fraktion der F.D.P. und

der Fraktion DIE GRÜNEN

Drucksache 11/872 (Neudruck)

33 - 34

Vor der Beratung des Gesetzentwurfs will der Hauptausschuß den Spruch des Verfassungsgerichtshofs in Münster abwarten.

Die Landtagsverwaltung wird gebeten, Informationen über die Situation der Öffentlichkeitsarbeit in Vorwahlzeiten in anderen Bundesländern sowie beim Bund zu sammeln.

6 Bericht der Kommission "Erhaltung und Fortentwicklung der bundesstaatlichen Ordnung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland - auch in einem vereinten Europa"

Teil Eins - Vorlage 10/2722

Teil Zwei - Vorlage 11/182

34

Der Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses im Beisein der Abgeordneten des Hauptausschusses im Landtag Brandenburg erörtert.

Seite

7 Vertrag zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Freistaat Bayern, Berlin, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein und der französischen Republik zum Europäischen Fernsehkanal

Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Art. 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 11/966

34

Der Ausschuß wird auch diesen Tagesordnungspunkt in seiner kommenden Sitzung behandeln.

Nächste Sitzung: 28.02.1991, Vor- und Nachmittag
mit dem Hauptausschuß des Landtags
Brandenburg
(siehe Seite 1 dieses Protokolls)

Hauptausschuß
9. Sitzung

31.01.1991
hz-mm

Der "Schaumburger Hof" solle etwa Mitte 1992 fertiggestellt sein. - Keine Anmerkungen.

Hiermit sind die Behandlung des Einzelplans 09 sowie Punkt 3 der Tagesordnung insgesamt abgeschlossen. Die Änderungsanträge der Fraktionen sollen kurzfristig vor dem 28. Februar 1991 vorgelegt werden.

4 Gesetz zur Änderung des Feiertagsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/965

Der Hauptausschuß vertagt den Punkt bis zum Abschluß der Beratungen im Ausschuß für Innere Verwaltung. - Die Anregung des Abgeordneten Dr. Vesper (GRÜNE), den Gesetzentwurf zum 1. Juli 1991 in Kraft zu setzen, soll nach Ansicht des Vorsitzenden zu gegebener Zeit aufgegriffen werden.

5 Gesetz über Öffentlichkeitsarbeit in Vorwahlzeiten

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, der Fraktion der F.D.P.
und der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/872 (Neudruck)

Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.) empfiehlt, vor Aufnahme der Beratungen den Spruch des Verwaltungsgerichtshofs Münster abzuwarten.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) schließt sich diesem Votum an. Es dürfte sich empfehlen, vorab Informationen über die Situation bezüglich der Öffentlichkeitsarbeit in Vorwahlzeiten in den anderen Bundesländern sowie beim Bund zu sammeln. Dies könne im Anschluß an die VGH-Entscheidung geschehen.

**Stärkung des kooperativen Föderalismus
durch eine Zusammenarbeit
der Landtage
von Brandenburg und Nordrhein-Westfalen**

Die Deutsche Einheit ist Chance und Herausforderung für den Föderalismus . Die großen Probleme in den neuen Ländern können nur von Bund und Ländern gemeinsam bewältigt werden. Die Handlungsfähigkeit der Länder muß dafür bewahrt und verstärkt, neue Formen des kooperativen Föderalismus müssen auf parlamentarischer und administrativer Ebene entwickelt werden.

Die zwischen den Regierungen der Länder Brandenburg und Nordrhein-Westfalen mit dem Regierungsabkommen über umfassende Zusammenarbeit vom 27. November 1990 begründete Partnerschaft weist den richtigen Weg. Die Landtage beider Länder tragen diese Partnerschaft mit und werden sie im Geiste des kooperativen Föderalismus durch ihre Zusammenarbeit mit weiterem Leben erfüllen.

Ziel der parlamentarischen Kooperation ist vor allem:

- die fördernde parlamentarische Begleitung der Abkommen und Verträge zwischen den Regierungen beider Länder,
- der Erfahrungsaustausch bei der Gesetzgebung und der sonstigen Parlamentsarbeit,
- die Entwicklung von beiderseitigen Initiativen zur Festigung und Vertiefung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit,
- die Nutzung von Erfahrungen beim Aufbau eines neuen Landes für die Überprüfung bestehender Strukturen in Nordrhein-Westfalen.

Vorlage

für die Sitzung des Hauptausschusses am 31.01.1991

Zu TOP 3:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991 (Haushaltsgesetz 1991)

hier: Einseplan 01 - Landtag

Rahmenkonzeption für das Europa-Forum des Landtags Nordrhein-Westfalen

In der Sitzung des Hauptausschusses am 17.01.1991 ist gebeten worden, daß der Hauptausschuß über die Planungen im Hinblick auf das Europa-Forum umfassend unterrichtet und in die Beschlussfassung dazu einbezogen werden müsse.

Deshalb wird im folgenden der Entwurf einer Rahmenkonzeption für das Europa-Forum des Landtags Nordrhein-Westfalen in überarbeiteter Form dargestellt.

1. Motto

Europa: Vielfalt der Regionen in der Einheit bewahren

2. Ziele

- Verabschiedung einer "Düsseldorfer Erklärung"
- Verstärkung interregionaler Kontakte

3. Veranstaltungsort

Landtagsgebäude (Das Kongreßzentrum bzw. das Karl-Arnold-Haus kommen als Tagungsort nicht in Betracht, das Karl-Arnold-Haus wegen fehlender Kapazität in bezug auf die Arbeitskreise - ein Plenum für etwa 400 Personen und Simultan-Technik sind vorhanden, das Kongreßzentrum Düsseldorf, weil es zur fraglichen Zeit nicht zur Verfügung steht.)

4. Termin

26. bis 28. Juni 1991 (vgl. Terminplan)

(Sitzungswoche des Landtags, aber kein Plenum; keine Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments, keine Messe in Düsseldorf)

Hinweis: Wegen technischer Vor- und Nachbereitung wird das Landtagsgebäude vor und nach dem Termin für andere parlamentarische Aktivitäten für mehrere Tage nicht zur Verfügung stehen.

5. Teilnehmer

- Möglichst hochrangige parlamentarische Vertreter der Regionen in der EG (VRE-Gliederung)
- Landtagsabgeordnete
- Bundestagsabgeordnete
- Europaabgeordnete
- Vertreter der Landesregierung
- Vertreter der Bundesregierung
- Vertreter der Kommission
- Wissenschaftler
- Mitglieder der "Ziegler-Kommission"
- Vertreter der Medien

Es sollte von ca. 300 Teilnehmern insgesamt ausgegangen werden.

Es muß entschieden werden, ob und wenn ja welche Teilnehmer auch aus dem übrigen Europa als Teilnehmer mit Beobachterstatus eingeladen werden sollen.

Eine Entscheidung über den definitiven Teilnehmerkreis muß spätestens Ende Februar 1991 gegeben sein, damit der Ablauf im weiteren und damit der Veranstaltungstermin nicht gefährdet werden.

6. Organisation

- 6.1 Konferenzsprachen: deutsch, englisch und französisch,
(Simultan-Übersetzung)

Anmerkung: eine Simultanübersetzung in alle (9) EG-Sprachen wäre mit immensen Kosten verbunden und würde sich am Veranstaltungsort Landtag auch aus räumlichen Gründen nicht realisieren lassen (72 Übersetzungs-Kombinationen!)

Nach Auskunft entsprechender Agenturen muß die Verpflichtung der Simultan-Dolmetscher innerhalb der nächsten 14 Tage rechtsverbindlich erfolgen.

- 6.2 Die Teilnehmer tragen die Reise- und Hotelkosten selbst. Bei der Vermittlung von Hotelzimmern könnte die Hilfe des Verkehrsamtes der Stadt Düsseldorf in Anspruch genommen werden.
- 6.3 Zur ständigen Betreuung des Projekts ist in der Landtagsverwaltung eine Projektgruppe eingesetzt. Die Staatskanzlei hat ihre Unterstützung zugesagt. Einladungen zu den Sitzungen dieser Projektgruppe erhalten die Fraktionen sowie die Staatskanzlei.

7. Kosten

Siehe gesonderte Vorlage an den Hauptausschuß
(Vorlage 11/327)

8. Entscheidungen

- 8.1 Durchführung der Veranstaltung gemäß des vorgelegten Konzepts in der Zeit vom 26. - 28. Juni 1991
umgehend (mit Rücksicht auf die Verpflichtung von Dolmetschern - vgl. 6.1)
- 8.2 Ausdehnung des Teilnehmerkreises auch auf den nicht EG-Bereich
bis Ende Februar
- 8.3 Entscheidung über die Person eines Hauptredners
umgehend
- 8.4 Fertigstellung einer "Düsseldorfer Erklärung"
28. März 1991

Terminplan für die Vorbereitung des Europa-Forums

Das Europa-Form kann nur dann noch vor der parlamentarischen Sommerpause zu dem angegebenen Termin (26.-28.06.1991) durchgeführt werden, wenn die Entscheidungen über Termin, Programm, Tagungsort, Einladungsliste und Hauptredner kurzfristig getroffen werden. Nur wenn die im folgenden genannten Termine eingehalten werden, kann eine Durchführung des Europaforums zu dem genannten Termin einigermaßen gewährleistet werden.

Umgehend:

Entscheidung über die Durchführung der Veranstaltung gemäß des vorgelegten Konzepts in der Zeit vom 26.-28.06.1991 (mit Rücksicht auf die Verpflichtung von Dolmetschern).

Anfrage bei allen für die Veranstaltung vorgesehenen Rednern.

19.2.

Gespräch bei der Präsidentin des Landtags unter Beteiligung des Unterausschusses (Vorsitzender und Sprecher) sowie der Staatskanzlei

20./22.2

Information und abschließende Beschlußfassung des Unterausschusses "Europa-Politik und Entwicklungszusammenarbeit"

28.2.

Information und abschließende Beschlußfassung des Hauptausschusses

bis 15.3.

Fertigstellung der Einladungslisten sowie der Einladung; Versand der Einladungen

bis 28.3.

Fertigstellung eines mit der Landesregierung abgestimmten Entwurfs einer "Düsseldorfer Erklärung"; Übersendung an Fraktionen

17.4.

Vorlage des Entwurfs der "Düsseldorfer Erklärung" im Unterausschuß "Europa-Politik"

19.4.

Versand des Entwurfs der "Düsseldorfer Erklärung" (Verteiler:
Einladungsliste)

bis 30.4.

Rücklauf der Anmeldungen

bis 17.5.

Rücklauf der Anregungen der Teilnehmer des Forums zum Entwurf
der "Düsseldorfer Erklärung"

5.6.

Vorlage eines überarbeiteten Entwurfs der "Düsseldorfer Erklä-
rung" zur Sitzung des Unterausschusses

bis 21.6.

Übersetzung und Drucklegung der "Düsseldorfer Erklärung"

26. bis 28.6.

Europa-Forum

Program

Mittwoch, 26. Juni 1991

Anreisetag

18.30 Uhr Begrüßung der Teilnehmer durch die Präsidentin des Landtags
Empfang mit Büffet im Landtag

Donnerstag, 27. Juni 1991

10.00 Uhr Plenum

- Grußwort der Landtagspräsidentin
- Grußwort des Ministerpräsidenten
- Grußwort des Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf
- Einführung in die Problematik: N.N.

(Eine Entscheidung über einen "Hauptredner" muß sehr kurzfristig getroffen werden, wenn die Bemühungen, diesen Redner für den vorgeschlagenen Termin zu gewinnen, noch zum Erfolg führen sollen.)

Mittagspause

(Mittagessen im Restaurant des Landtags auf Einladung der Präsidentin des Landtags)

14.00 bis
17.00 Uhr

Arbeitskreise (Vorsitzende und Geschäftsführer benennen)

- A. Konkretisierung des Subsidiaritätsprinzips
- B. Ausgestaltung eines europäischen Regionalorgans
- C. Fortentwicklung interregionaler Kooperationen

19.00 Uhr **Abendessen**
gegeben von Frau Landtagspräsidentin und Herrn Ministerpräsi-
denten mit musikalischer Umrahmung; z.B. im Schloß Benrath

Freitag, 28. Juni 1991

Plenum

9.00 Uhr **Berichte aus den Arbeitskreisen**

10.00 Uhr **Diskussion**
Verabschiedung einer "Düsseldorfer Erklärung"

Schlußworte

- **eines Vertreters der ausländischen Parlamentarier**
- **der Präsidentin des Landtags**

Pressekonferenz

Abreise